

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu begleichen. — Der Abonnementssatz beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Dringergeld.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 80 Pf. für die gesetzte Zeitung. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 24

Sonnabend, den 15. Juni

1919

Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens.

Reichswirtschaftsminister Wissell hielt am vergangenen Donnerstag in Berlin eine Rede, in der er sich über die Organisation des künftigen Wirtschaftslebens folgendermaßen äußerte:

Ganz offenbar hat es das Volk noch nicht erkannt, daß die Zeit des materiellen Wohlstandes für uns vorbei ist, daß wir wirklich arm sind, trotz des Reichtums an papiernen Zahlungsmitteln. Die Ereignisse seit der Revolution haben diese Lage noch wesentlich verschärft. Unsere Produktion war empfindlich gestört und wir mussten zur Bezahlung von Lebensmitteln fast die Hälfte unseres Geldes abgeben. Durch die Wiedergutmachung, die uns nach dem Wilsonprogramm obliegt, wird unsere Auslandsverschuldung unermischlich vermehrt. Wir dürfen uns und das Volk nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir von der nächsten Zukunft vielleicht eine kleine Verbesserung der Lebenshaltung erwarten können, daß aber in Deutschland im allgemeinen auch weiter Schmalzhausen nicht mehr bleiben wird.

Die Arbeiterschaft ist unser höchstes wirtschaftliches Gut. Sie gibt es restlos zu betätigen.

Zur vollen Ausnutzung unserer produktiven Kraft gelangen wir nur, wenn wir in der Arbeiterschaft die alte Arbeitsfreudigkeit wieder herstellen. Dies kann durch keine äußere oder innere Gewalt erreicht werden. Wir müssen versuchen, ein inneres Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit herzustellen, die soziale Frage zu lösen. Der Arbeiter, der durch die moderne Technik allzusehr zur Maschine erniedrigt wurde, muß wieder zum Bewußtsein einer, im Interesse der Gesamtheit notwendigen und deshalb menschenwürdigen Arbeit gebracht werden. Zu diesem Zweck muß die Arbeiterschaft auch an den wirtschaftlichen Vorgängen der Volksgemeinschaft und der Wirtschaftswirker teilnehmen.

Beim Wiederaufbau einer zerstörten Wirtschaft muß man sorgfältig die Vereinigung ständigen der produktiv tätigen Bevölkerung nutzbar machen. Schon vor dem Kriege hat sich das Solidaritätsgefühl innerhalb der Vertragsgruppen als die stärkste gesellschaftsbildende Kraft erwiesen. Auf diesen Kräften muß man die neue Wirtschaftsordnung aufbauen. Wir müssen den Gedanken der Selbstverwaltung, der in den regionalen Organisationen vor mehr als hundert Jahren den Wiederaufbau des Staates ermöglichte, jetzt auf die Organisationen der Wirtschaft erstrecken. In diesen sachlichen Wirtschaftsorganisationen sollen die Arbeitnehmer paritätisch mit den Arbeitgebern beteiligt werden.

Dieses sind in großen Zügen die Gedanken, welche das Reichswirtschaftsministerium zu dem von mir schon mehrfach dargelegten Plane einer sachlichen Wirtschaftsorganisation geführt haben.

Ich nehme gern Gelegenheit, zu den wesentlichsten hiergegen laut gewordenen Einwendungen Stellung zu nehmen. Ich habe jedesmal, wenn ich über unsere Organisationspläne gesprochen habe, betont, daß wir von den bisherigen Methoden der Kriegswirtschaft uns so gründlich und schnell wie möglich abwenden wollen. An die Stelle dieser bürokratisch-polizeistaatlichen Methode wollen wir das Prinzip der Selbstverwaltung stellen. Aber solange wir noch nicht eine Wirtschaftsorganisation besitzen, die der Bevölkerung gegenüber die Verantwortlichkeit für eine gerechte und gleichmäßige Versorgung ihrer Bedürfnisse übernehmen kann, können wir die Kriegswirtschaft nicht von heute auf morgen beseitigen. Ihr Abbau wird sich um so schneller vollziehen, je schneller Selbstverwaltungskörper ins Leben treten. In Zeiten der Not können wir nicht ohne weiteres den wirtschaftlichen Dingen ihren Lauf lassen. Zeiten der Not müssen Zeiten der Pflicht geben und enden. Heute ist sie, wenn nicht die Not zum physischen Kampf aller gegen alle führen soll. Ganz unentbehrlich ist, wie ich kürzlich in Hamburg näher dargelegt habe, eine gemeinschaftliche Kontrolle des Außenhandels. Mit den Außenhandelsstellen habe ich einen wesentlichen Schritt in der Richtung wirtschaftlicher Selbstverwaltung getan. Doch hält sich diese Organisation von dem uns vorschwebenden Ziel noch ziemlich weit entfernt.

Gegen unsere Pläne wendet man weiter ein, die Persönlichkeiten, welche zur Leitung der Organisationen berufen würden, würden ihre Macht nicht sowohl im Interesse der Gruppe als im eigenen Interesse missbrauchen. Sollte es wirklich nicht möglich sein, in Deutschland einige hundert Menschen zu finden, die sich zur ehrenhaften Wahrung der gemeinwirtschaftlichen Interessen erheben können? Eine starke Konzentration sowohl in den Formen des kapitalistischen Großbetriebes,

der kapitalistischen Vertrustung und Versippung einerseits, als in den Formen der mehr genossenschaftlichen Verbindung, Syndikatur, Kartellierung anderseits beschränken den freien Wettbewerb in wachsendem Maße. Das Ziel dieser wirtschaftlichen Gebundenheiten war allerdings rein privatwirtschaftlich. Was wir jetzt planen, kann man sich als eine gemeinwirtschaftliche Fortbildung dieser Organisationsformen vorstellen. Ganz ohne staatlichen Zwang wird diese Fortentwicklung nicht möglich sein. Von allen Bedenken gegen unsere Pläne hat mich die Aussäufung am meisten überrascht, daß Ausland werde sich widersetzen. Unsere Wirtschaftsverbände sollen genossenschaftliche Zusammenschlüsse aller Unternehmungen, der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer, sein. Sie beruhen auf demokratischer Grundlage und stellen soziale Arbeitsgemeinschaften dar. Hierin kann das Ausland keine Bedrohung sehen. Die Lasten des Wilsonprogramms zwingen uns zu planmäßiger Wirtschaft, zu einer Zusammenfassung aller Kräfte in der deutschen Gemeinwirtschaft. Außerdem gibt es für Deutschland keinen andern Weg zur Lösung der sozialen Frage, als die mithandelnde und mitverantwortliche Beteiligung der Arbeiterschaft an den wirtschaftlichen Vorgängen.

Wir werden den großen Prozeß der Zeit gewinnen, denn endlich, und diese Zuversicht ist uns Vermächtnis unseres großen Schiller — „endlich an dem Ziel der Zeit, wenn anders die Welt einen Plan, wenn des Menschen Leben irgend nur Bedeutung hat, endlich muß die Vernunft und Sitten siegen, die rohe Gewalt der Form erliegen“.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft im Tabakgewerbe.

Meine Herren! Es ist schwer zu prüfen, ob nicht in den Herstellungsverhältnissen gewisse Vorstellungen notwendig sind, ich erwähne nur, daß es eine Menge von Betriebssäulen (Fabrikbetrieb) gibt, die nicht leben und nicht sterben können, wo man vielleicht besser eine Konzentrierung herbeiführen könnte. Arbeitertreffens brauchen hierbei nicht geschädigt zu werden. Die leergerodeten Fabrikräume können dann sehr gut als Wohnungen benutzt werden. Dieser Prozeß wird sich später vielleicht von selbst entwickeln, aber unbedingt ist der Zustand so, daß infolge der unmittelbaren Betriebsart des Generalunionskontos viel zu hoch belastet ist. Eine zweite Frage ist die Frage der Heimatheit. Auch da würde zu prüfen sein, ob nicht Beschränkungen einzuführen sind. Ferner ist die Frage des Zusammenhaltes von kleineren und mittleren Fabrikanten auf genossenschaftlicher Grundlage zwecks gemeinsamen Einsatzes der Ressourcen zu erwägen. Es muß das Bestreben der heutigen Zeit sein, möglichst sparsam zu wirtschaften, d. h. den Produktionsprozeß möglichst billig zu machen. Es wird auch nicht zu unterscheiden sein, wenn eine Preisüberwachung stattfindet bezüglich der Rohstoffe, doch auch für die Herstellung einer Preisoberkante sowohl englische Schleiderei als auch gegen Wucher geschaffen wird, wie das auch von der Rentale für Heereslieferungen mit Erfolg durchgeführt worden ist. Wenn man diesen Weg weiter verfolgt, wird man natürlich auch den Groß- und Kleinhandel mit Tabakwaren einer Preisfestsetzung unterstellen müssen.

Es empfiehlt sich ferner, sich darüber schlüssig zu machen, ob es nicht notwendig ist, die Angestellten und Arbeiter bei einer Reihe von Fabrikmaßnahmen mit heranzuziehen. Ferner ist zu erwägen, ob die Zwangsarbeit der Kontingenzerziehung bleibt, wie dem tatsächlichen Fabrikanten gegenüber dem unrichtigen eine Entwicklungsmöglichkeit zu gewähren ist. Meine Herren! Es wird hierüber sicherlich nicht lachen, ich bitte aber, nicht zu lachen, sondern nachzudenken. Es sind schon dahingehende Vorschläge gemacht worden, über die wohl beraten werden kann.

Meine Herren! Für den Bericht der Waren erhebt sich auch die Frage, in welcher Form er sich vollziehen soll, ob nicht sozialistisch oder genossenschaftlich oder individualistisch. Man wird zu prüfen haben, ob nicht die Zahl der Existenz im Kleinhandel zu groß ist, ob sie nicht zum wenigsten gegen weitere Vergrößerung geschützt werden muss, ob es sich nicht auch empfiehlt, wenn die Einheit und die Versorgung kontingenziert ist, daß dann auch der einzelne Groß- und Kleinhändler kontingenziert wird. Neben diese

Fragen muß zunächst innerhalb der Berufsorganisationen des Handels mit Tabakwaren selbst Stellung genommen werden. — Soll die Regelung der Herstellung und des Vertriebes konkurrenzlos die Regelung des Arbeitsverhältnisses und die Wohlfahrtspflege. Eine schwere Organisation der Werkmeister in dem Tabakgewerbe besteht nicht, ebenso wenig eine solche der Angestellten. Bei den Arbeitern haben wir die der Gewerkschaftsrichtungen. Daneben besteht auf der Arbeitgeberseite eine Reihe von Bezirksvereinigungen, die noch nicht zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt sind. Es kann sich in E. für die Arbeitgeber mit darum beschäftigen, einen einheitlichen wirtschaftlichen Verband und einen einheitlichen Arbeitgeberverband zu bilden. Die Unterschiede und Gegensätze, die jetzt bestehen, können wohl ausgleichen werden. Ich glaube, wenn eine einheitliche Phalanx der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sich gebildet hat, daß dann auch der Boden vorhanden ist, um in einer übergeordneten Arbeitsgemeinschaft entsprechend zusammenzuarbeiten. Die jetzige sogenannte Arbeitsgemeinschaft der Industrie und der Arbeiterschaft steht nur auf dem Papier, ihr haftet der Charakter der Kampfsorganisation an, sie wird ihn verlieren, wenn sie als zwei gleiche, wertvolle Steine eingebaut werden in das neu zu errichtende Gebäude. Dann wird Steph. Georges Wort wahr werden: „Bei neuer Form und Farbe wird gesieht der Streit von Mensch mit Mensch.“ Hierzu läuft dann noch die Frage der Wohlfahrtspflege. Es ist es wohl erwünscht, daß die Mittel, die die Zentrale aus ihrer Verwaltung erhält hat, in den Dienst dieses Gedankens gestellt werden, sowohl für die Arbeitnehmer wie für die Angestellten, und auch für in Not geratene Febrilanten. Gedacht ist daran, daß für die Angestellten ein Erholungsheim errichtet wird in der Weise, daß ein geeignetes Haus gekauft oder gebaut wird und dies der deutschen Gesellschaft für Kaufmänner-

holungshilfe überreignet wird unter der Begeisteerung, eine entsprechende Anzahl Freiwilligen zur Verfügung zu stellen. Ferner ist an die Beschaffung von Hausrat für heimgekehrte Krieger gedacht. Besonders ist der Siedlungsgedanke für die Arbeiter bestellt worden, wie er hier zum Zell schon bewußtlich ist und gute Früchte getragen hat. Es befinden sich in den drei Kreisen Minden, Lübbecke und Bersenbrück 5145 Häuser mit Land im Eigentum von Tabakarbeitern. Die Wohlfahrtspflege wäre die geeignete Stelle, unter Mitwirkung der Beteiligten die breite Grundlage für die Bearbeitung dieser Frage zu schaffen.

Meine Herren! In dem Selbstverwaltungskörper und Selbstverwaltungsgebilde des Tabakgewerbes würden sich somit drei Hauptabteilungen ergeben: 1. Staatsabstecherung und -Verteilung mit den Unterabteilungen für Auslandstabak, Inlandstabak und Außenhandelsangelegenheiten, 2. Herstellung und Vertrieb mit einer Unterabteilung, 3. Regelung des Arbeitsverhältnisses und Wohlfahrtspflege. Natürlich müßten sich in allen Abteilungen Vertreter aller einzelnen Gruppen befinden, so daß eine einheitliche Atmosphäre das ganze Gewerbe durchzieht. Für den Verwaltungsoberbau müßten aus den drei Abteilungen Vertreter in diesen gewählt werden, sein engerer Vorstand müßte an den Arbeiten aller Abteilungen teilnehmen.

Ich fasse zusammen: Wenn das Tabakgewerbe rechte Vollzwirtschaft treiben will, und das ist notwendig, dann muß es näher zusammenrücken, muß sich in allen Teilen selbst bewirtschaften, alle Gruppen müssen engste Fühlung miteinander haben, keine Geheimnistuerie vor etander, sondern allseitige Verständigung und Mitarbeit. In dieser Geschlossenheit wird das Tabakgewerbe seine rechtlichen Interessen auch politisch zur Geltung bringen können, daß es als gleichberechtigt mit anderen Gewerbsgruppen anerkannt wird und bestimmenden Einfluß gewinnt auf sein Selbstgelschick. Die neue Zeit zeigt neue Wege, unter Blick darf nicht festen bleiben, das dem Umstehen, das jede Änderung tritt mit sich bringt, es wird sich klären, daß Naturnotwendigkeit, helfen wir mit dazu befragt, daß im Tabakgewerbe auf der Grundlage menschlichen Verstehens und Empfindens und nicht von praktischer Erwägungen sprachlich für die Gesamtheit geschaffen wird, dann helfen wir auch uns selbst und unsern Vaterlande in der heiligen Röde am besten (Vorstand.)

Aus Berlin.

Amt 30. Mai stand in Berlin eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1919; 2. Bericht der Ausstellungscommission; 3. Stellungnahme zum Gemeinschaftsmonarchen; 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab Kollege Käte den Kostenbericht. Die Einnahme betrug insgesamt 24.022,85 M., dem eine Ausgabe von 18.259,46 M. gegenüberstand. Hiervon wurden 14.500 M. an den Vorstand abgeführt. Die Volksabstimmung hatte eine Einnahme von 7053,04 M. und eine Ausgabe von 2882,60 M. zu verzeichnen. Hieraus gab Kollege Kaiser bekannt, daß die Zahlstellen einen erfreulichen Mitgliederzuwachs an verzeichneten habe. Dieser ist seit Oktober 1918 von 1635 bis 1. April 1919 auf 2808 gestiegen. Leider müßte man aber auch betonen, daß die Aktivität noch eine sehr große ist. Seit 400 Mitglieder mußten wegen Beitragsrest gestrichen werden. Ein Reichen, daß viele Tabakarbeiter den Gedanken der Organisation noch nicht bearbeiten haben. Den Bericht der Ausstellungscommission gab der Kollege Käte. Er gab an, daß auf das Gesuch eines Ortsbeamten 29 Verteilungen eingegangen seien, darunter Offiziersvertreter und sonstige Militärvorlagen. Die Wahl sei auf den Kollegen Kaiser. Dehne gefallen und zwar habe sich die Kommission einstimmig für denselben entschieden. Die Abstimmung in der Versammlung gab auch die einstimmige Wahlung für den Kollegen Kaiser. Hierauf ergriff Kollege Kaiser das Wort und deutete für das Vertrauen, welches ihm von der Versammlung geschenkt worden ist, er werde auch versuchen, soweit es in seinen Kräften steht, den Wünschen der Mitglieder Rechnung zu tragen und den Pflichten, die ihm dieser Posten auferlegt, voll und ganz nachzukommen. Hierzu gab der Baulose Kollege Käte für die Gläubiger über die Wichtigkeit des Gemeinschaftsmonarchen. Er ließ sich von seinem Kandidaten vorstellen, der die Wichtigkeit der Ortsverwaltung den 1. Befreiungskriegen Käte Rosenthal als Delegierten vor. Er läßt aus, daß es bei früher stattgefundenen Kongressen meistens üblich war, den Gauleiter als Kandidaten aufzustellen. Er bitte aber, hieron abzusehen, da der Vorstand bereits drei Delegierte von den zehn zu wählenden für sich in Amtdruck nimmt und man doch bei der Wichtigkeit der Tagesordnung des Kongresses daran denken muß. Leute zu delegieren, die in seinem Abhängigkeitsverhältnis zum Vorstand stehen. Kollege Käte vertrat sich gegen die Ausführungen des Kollegen Kaiser und erklärte, daß er genau die Interessen der Arbeiter so vertreten würde wie jeder andere Delegierte. Die Abstimmung erzielte die einstimmige Wahl des Kollegen Rosenthal als Kandidaten zum Gemeinschaftsmonarchen.

Aus Freiberg i. S.

In zwei hintereinander folgenden Mitgliederversammlungen der Stadtsteile Freiberg wurden heftige Vorwürfe gegen den Vorstand erhoben, da seine Stellungnahme zu der jekigen Tabaksteuer keine gerechte sei. Sie finden es als selbstverständliche und eben einstimmig auf dem Standpunkt, daß der Vorstand schon längst müßte Schritte unternehmen haben, um eine Preisebene einzuleiten und sich nicht erst von den Mitgliedern auffordern zu lassen. Auch das Antwortschreiben vom Vorstand kann die Mitglieder nicht befriedigen; sie finden, daß der Vorstand mit seiner Abnahme kein Verständnis für die Mitglieder, sondern nur die Interessen der Regierung vertritt. Die Mitglieder Freibergs sind nicht des Willens, mit so einer Regierung durch die und durch zu gehen, wie es der Vorstand auffordert zu tun. Sie fordern Vertreter, aber nicht Vertreter. Dafür wurden Klagen darüber geführt, daß der Vorstand betreffs Unterstützung nicht mehr eingeschworen zeigte. Nach Antrag des Vorstandes können Mitglieder, die nicht die Höhe von 25 Prozent an Städteunterstützung erhalten, Unterstützung aus Verbundsmitteln bekommen. Solche aber, die 25 erhalten, degegen keine. Dieses Vorgehen verletzte die Mitglieder in großer Erregung, so daß Neuerungen fielen wie: gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Wenn das der Vorstand nicht will, soll er sich am Teufel scheren. Die Neuerungen gingen so weit, daß man zur Selbsthilfe schreiten möchte indem man 50 Prozent der Unterstützung zur Auszahlung erhält, lebt den Endes aber davon Abstand nahm, aber sich mit einem schweren Vorwurf an den Vorstand wandte. Weiter wurde die Delegiertenwahl zum Gemeinschaftsmonarchen begehrt. Dabei wurde man einsa von einer Ausstellung eines elterlichen Kandidaten ab-

sehen, um dadurch einem, der unsere Interessen vertritt, zum Siege zu verhelfen. Sollte also im Reichstag ein Vorschlag gemacht werden, so verpflichtet sich die Mitglieder Freiheitrag, für ihn zu stimmen. Nach einem Vorschlag zur Beachtung der Kollegien und Kolleginnen Deutschlands. Man sieht im Tabak-Arbeiter verschiedene Meinungen über Höhe und Sozialitäten. Wenn wir uns die Höhe betrachten, so müssen wir sagen, daß sie schlechter sind als alle anderen. Ein Tabakarbeiter ist vielleich nicht unsterblich, bei so einem niedrigen Lohn die knapp ausgetilte Nahrungsmitte zu kaufen. Das wir jetzt schon vier Jahre hungern, weiß jeder ein Bedürfnis nach Sättigung. Sagt man mir aber vielleicht in die Höhe kommt, so kann man einen Dering oder 1 Pfund Butterbrot mehr an erhalten, so könnte man das mit Freuden bearbeiten; dem Tabakarbeiter aber wäre damit nicht adient, er müßte doch allemamt verbraucht werden, wenn der Lohn nicht eine günstige Auslastung erzielt. Die Auslastung darf aber gleichzeitig sein, weil die Wahrung schon in Deutschland gleich ist. Folgendes Beispiel zur Demonstration: Ein Molter bekommt 5 M. Minimallohn bei Erzeugung eines rechtlich dreitausend, so ergibt das 15 M. hierzu 250 Proz. gleich 52,50 M. Das können aber nicht alle Molter erreichen, indem das Recht ist von verschiedener Art, und auch die Verarbeitung ungleich ist. So kommt es, daß ein Tabakarbeiter aus 3-4 Stücken einer Rigaart herstellen muß, dadurch reicht in die Höhe kommt, wie oben angeführt, dreitausend pro Woche herzustellen, so daß er nur eintausend weniger fertigt, als derjenige, der nicht zu beiden brechen. Ansatzlohn würde sein Grundlohn nur 10 M. betragen; wieder die 250 Prozent hinzugemacht, gleich 25 M. Wochenverdienst beide haben 5 M. weniger verdienen muss. Viele solcher Beispiele liegen sich aufzählen, wenn die Tonnage 500 Proz. bei allen betrachten würde, und durch ein noch günstigeres Arbeitsergebnis, vierzehntausend die Woche oder vor bis 10 M. Molter verdient, so würde ersterer über 100 M. und der zweite nur 40 bis 50 M. pro Woche verdienen. Hier zeigt es sich, daß eine gleiche Tonzungsalage ein ungleiches Verhältnis gibt. Dieser Nebenstand zu belasten, soll und muss unsere Aufgabe sein. Aber nun wie? Geduld und Unbeküft, was immer gut und schlecht, groß und kleinbleiben wird, können wir nicht verlangen, aus der Welt zu schaffen, bevorbereitet nach solches werden. Sogar sollten wir aber die Freiheit, jeden Stundenlohn ein, wie es den heutigen Verhältnissen entspricht, so sind wir von allem Elend und großer Sorge erlöst. Deshalb Ihr Tabakarbeiter Deutschlands, erhebt euch zu einem Sturm der Entschließung, zeigt, daß ihr nicht mehr knecht bleiben wollt, daß ihr euch befreit von dem Druck des Kriegs!

R. Verneid.

Eingesandt.

Auf politischem, ja, auch auf gewerkschaftlichem Gebiet erreicht eine Unzufriedenheit Platz, die befürchtet wird, ja fast erdrückend ist. Dies fließt, schimpft und wettert auf die neue Regierung, auf die führenden Männer. Die Geschäftsmachinerie arbeitet den meisten zu langsam. Man sagt, die Berechnungen, die die Regierung gemacht hat, sind nicht erfüllt worden. Die Sünden, die die alte Regierung gemacht hat, schreibt man heute der neuen Regierung zu. Es steht in die Schuhe, steht alles auf ihr Konte. Dies hört man nicht bloß von Neulingen in der Arbeiterbewegung, sondern auch von alten Kommissaren, die von den Ideen und Lehren des Sozialismus durchdrungen sein möchten. Die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft ist größer denn je, aber wie bitter notwendig ist gerade jetzt die Einigkeit, dann nicht als zerstückte aneinanderhängende Fäden können wir etwas erreichen, sondern nur, wenn wir ein geschlossenes und festes sind, können wir unsere Forderungen und Ideale verwirklichen.

Sagen wir doch ehrlich! Die Regierung hat doch in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon sehr viel für die Arbeiterschaft getan; sie hat uns Forderungen verordnet, um die die Arbeiterschaft schon Jahrzehnte lang und verzweifelt kämpft hat. Ich erinnere nur an die Verhinderung des allgemeinen, gleichen und ungehemmten Wahlrechtes, was uns zweifellos zu den politisch freien Menschen der Welt gemacht hat. Das Koalitionsrecht ist geschafft, die veraltete und rückständige Gesindeordnung ist beseitigt; dadurch und auch die Landarbeiter zu freien Menschen geworden. Wir sind heute im Besitz eines freien Betriebsvertrages; auch der so heiß ersehnte Arbeitsschutz ist unter Sein geworden. Ein neues Arbeiterrrecht und andere gesetzliche Maßnahmen, die augunsten der Arbeiter geschaffen werden sollen, sind in Vorbereitung. Wenn wir uns dies alles vor Augen halten, können wir wohl mit dem, was die Regierung bis jetzt für die Arbeiter getan hat, ganz aufzufreben sein. Das nicht alle Deutsche wissen und schmeißen in Erfüllung gehen, man doch wohl jedem einleuchten. Denn der kapitalistische Staat, den wir hatten, besteht doch heute noch, wir haben in heute eine faschistische Regierung, aber noch lange keine sozialistische Wirtschaftswelt. Denn die Entwicklung von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftswelt kann nur vorsichtig, schrittweise und langsam vor sich gehen. Aus diesem Grunde müssen aber die Arbeiter nachdrücklich einhalten, den führenden Männern ihr schweres Amt nicht noch schwerer machen, sondern ihnen Vertrauen entziehen.

Alfred Willrich.

Die Sozialversicherung im Jahre 1918.

Von Fr. Kleis, Halle a. d. S.

Unsere Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat während des Krieges schwere Belastungen gepröbt zu bestehen gehabt. Die Konfrontation ihrer Leistungen war außerordentlich gefährlich, die Einsnahme an Beitragsmitteln vielfach verhindert. So sind die Versicherungsträger heute meist wirtschaftlich geschwächt, dazu zu ihrer Wiederherstellung besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Der eben erzielte Gesamtbericht des Reichsversicherungsamtes, der Zentralstelle unserer sozialen Versicherung, auf das Jahr 1918 läßt die Lage deutlich erkennen, in der sich die Fürsorgerichtungen jetzt befinden.

Das Reichsversicherungsamt selbst hat durch die neuen Verordnungen der kurz vor Kriegsende in Kraft getretenen Reichsversicherungsordnung eine starke Erhöhung eines Gefährdungsgrads erfahren. Eine Meierei der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherer, deren Zahl 284 beträgt, hat auch im letzten Jahre nicht aufzuhalten, so daß die Vertreter nunmehr etwa 15 Jahre im Amt sind. Das Reichsversicherungsamt ist an den vielen Verordnungsänderungen durch Betriebe beteiligt. Mit Rücksicht auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich aus der Demobilisierung und aus dem durch die sozialen Überangebot von Arbeitskräften ergeben, hat das Reichsversicherungsamt die seiner Verpflichtungen entsprechend erachtet, für die nächste Zeit die Entziehung und Verhinderung von Renten auf die dringlichsten und völlig verliegenden Fälle zu beschließen, momentan bei Kriegsbeschädigten, die Entschädigung auf eine besonders machtbare Behandlung ihrer Rentenangelegenheiten einzuhören. Den Landesversicherungsanstalten ist unabgelenkt worden, die Bestrebungen zur Unterbringung von Kindern der südlichen und der Industriebedeutung auf dem Lande zu fördern. Der Kriegswirtschaftsminister hat die Versicherungsträger, insbesondere die Landesversicherungsanstalten, über 70 Millionen Mark aufgewendet.

In der Kriegsversicherung wird nachgemessen, daß die Zahl der gewerblichen Betriebe eine kleine Verminderung auf 750 700, die Zahl der Betriebe in diesen aber eine leichte Vermehrung auf über 7½ Millionen erzielt hat. In der landwirtschaftlichen Haushaltversicherung werden die Betriebe auf 5½ Millionen, die Betriebsarten auf 17½ Millionen geschätzt. Dazu kommen noch 1½ Millionen bei Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden einschließlich Posten. Die Zahl der insgesamt gemeldeten Betriebe betrug 663 500, das ist etwa die gleiche Zahl wie im Vorjahr. Nach dem 1. Januar 1918 entzogenen 1000 Betriebe durchsetzt, nämlich 112 400. Sie im Jahre 1918 geleisteten Gültigkeitsurkunden (Kaufm. u. d.) in der Unfallversicherung betrugen 101 Millionen Mark. Ganz 14 Millionen Personen erhalten Westen auf Grund der Unfallversicherung. Zudem an Praktikanten etc. sowie auf über 25 000 Personen mit rund 1,7 Millionen Mark. Der Betrieb der Kasse in Unfallversicherungsbüro an das Reichs-

versicherungsamt ist weiter zurückgegangen; sie betrug im Jahre 1918 nur noch 8955 (gegen etwa doppelt soviel vor dem Kriege). In etwa einem Drittel der Streitfälle drohte es sich um das Maß der abgeschafften Gewerkschaftsleistung der Betriebe. Von den Betrieben der Berufsgenossenschaften hatten 40 Proz. im Sinne Erfolg, daß die Berufsgenossenschaften aufgehoben wurden. Die Verluste der Versicherer führen nur in 18 Proz. zur Verurteilung der Berufsgenossenschaft zu einer höheren oder überhaupt einer Rente.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung fand die Rentenversicherung eine starke Einschränkung. Die Zahl der festgesetzten Renten überhaupt verminderte sich von 414 885 im Jahre 1918 auf 368 789 im Jahre 1917 und 318 502 im Jahre 1918. Vom Jahre 1917 vor 1918 ist insbesondere die Zahl der Krankenrenten abgenommen, und zwar von 70 894 auf 58 829, sodann die Altersrenten von 72 705 auf 48 577, Witwenrenten von 96 229 auf 86 791. Zugewonnen haben nur die festgesetzten Invalidenrenten, und zwar von 103 193 auf 110 702. Die Zahl der insgesamt laufenden Renten in der Invalidenversicherung erhöhte sich von 1 700 861 am Schluß des Jahres 1917 auf 1 800 407 am Schluß des Jahres 1918. Die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung belaufen sich auf rund 820 Millionen Mark, davon allerdings rund 100 Millionen Mark vom Reich getragen wurden. Die Einnahmen an Beitrag bei den Versicherungsanstalten betragen rund 200 Millionen Mark. Das sind 15 Millionen Mark mehr als im Jahre 1917. Das Vermögen sämtlicher Versicherungsanstalten, das über 2½ Milliarden Mark beträgt, vermehrte sich weiter um rund 90 Millionen Mark.

Die Heilversicherungen in der Gestalt von Unterbringung in Heilstätten usw. haben zugenommen. Zusammen wurden rund 100 000 Versicherte mit einem Kostenaufwand von 23 Millionen Mark in Heilstätten genommen. Besonders Aufmerksamkeit wurde der Bekämpfung der Lungentuberkulose, der Geschlechtskrankheiten usw. gewidmet. Die Überwachung der Heilanstalten usw. ist verstärkt worden. Gegenwärtig sind im ganzen Reich 458 Überwachungsämter tätig. Von dem Vermögen der Versicherungsanstalten und 1½ Milliarden Mark zu gemeinnützlichen Zwecken ausgeliehen, namely zum Bau von Arbeitervorwohnungen. Auch die Zahl der in Invalidenversicherungsanstalten eingesangenen Menschen hat ständig abgenommen; sie betrug im Jahre 1918 nur noch 2050. Am häufigsten war die Frage zu entscheiden, ob Qualifikabilität eingetreten war. Das Rechtsmittel hatte nur in ganz geringen Maße Erfolg für die Versicherten.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung ist die Wirklichkeit des Reichsversicherungsausschusses nur eine verminderte. Deshalb werden auch die Mitteilungen über den Stand des Rassenswesens nicht gegeben. — Wie immer enthält im übrigen der Bericht eine Fülle wertvollen statistischen Materials.

Kandidatenliste zum X. Gewerkschaftskongress.

für den 1. Wahlkreis:

Gauleiter Adm. Hirschberg, Altona;
Heinrich Vorar, Hannover;
Karl Schmid, Magdeburg;
Wilhelm Stünze, Verden;

für den 2. Wahlkreis:

Gauleiter Herm. Schmidt, Nordhausen;
Gauleiter Wilhelm Schäffer, Herford;
Heinrich Geote, Duisburg;

für den 3. Wahlkreis:

Wilhelm Strümmer, Lippstadt;
Roh. Schmitz, Frankfurt a. M.;
Karl Gottschalk, Düsseldorf;

für den 4. Wahlkreis:

Gauleiter Ludwig Klein, Heidelberg;
Karl Werner, Ladenburg;

für den 5. Wahlkreis:

Gauleiter Richard Gerloff, Dresden;

für den 6. Wahlkreis:

Gauleiter Max Clement, Dresden;
Karl Bande, Frankenstein;

für den 7. Wahlkreis:

Edwin Rosenthal, Berlin;
Gauleiter Georg Fischer, Berlin;

für den 8. Wahlkreis:

Karl Rimpel, Gütersloh;

für den 9. Wahlkreis:

Die Adressen der Vorstehenden der Rentenwahlverschreibungscommissionen für den 10. Gewerkschaftskongress sind folgende:

für den 1. Wahlkreis:

Gott. Maria, Altona, Oeller-Allee 1;

für den 2. Wahlkreis:

Louis Wohlbernd, Nordhausen, Wölfelestraße 14;

für den 3. Wahlkreis:

O. Mühl, Frankfurt a. M., Dunderstraße 12;

für den 4. Wahlkreis:

Karl Kraft, Heidelberg, Goethestraße 33 I;

für den 5. Wahlkreis:

Karl Dömer, Dresden, Schützenplatz 20 III;

für den 6. Wahlkreis:

Gustav Eike, Dresden, Magdeburger 17 (Rimmer 13);

für den 7. Wahlkreis:

Richard Staefer, Berlin C 54, Dragonerstraße 6 a.

Die Bevölkerungen werden nachmalig darauf hingewiesen, daß die Wahlresultate nicht Wahlprotokoll und der abgegebenen Stimmenzettel bis spätestens den 18. Juni an den für ihren Wahlkreis ernannten Vorstehern der Rentenwahlverschreibungscommission eingetragen sein müssen. Später einnehmende Wahlresultate sind für ungültig zu erklären.

Alle, die Wahlen zum 10. Gewerkschaftskongress betreffenden Anfragen und Mitteilungen sind an die oben angeführten Adressen zu richten.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Neuerstraße 68/69, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6046. Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Als verdeckt gemeldet:

Bremen. Die Mittelschäfte lautend auf Stanislaus Koblenz aus Hemelingen, ab 7. 4. 1902, eingetragen am 25. 2. 1919, 9 Beiträge Klasse III waren entrichtet. (S. 723/7, 19.) Diese Mittelschäfte ist ungültig und im Vorzeigefalle einzuziehen und den Vorstand einzurichten.

Holzgerber Bielefeld bei Bielefelder

19. Mai; Bamberg 150,— 28. Jahr 800,— 29. Salzungen

8. 20.— 30. Nordhausen 1000,— Wolfsburg 60,— Dresden

15 000,— Gera 300,— Baden 800,— Schönleute 600,—

Oberwesel 200,— Niederrhein 100,— Mannheim 600,— Brel

tungen 60,— Breslau 200,— 31. Mainz 400,— Hanau

100,— Kaiserslautern 100,— Lauffen 700,— Berlin 700,— Karlsruhe 800,— 2. Juni; Uetersen 80,— Heidelberg 700,— Detm

ingen 400,— 3. Johannisgeorgstadt 80,— 4. Berlin 800,— Geisenhessendorf 1800,— 7. Bremen 400,—

Die Bevölkerungen werden erlaubt, bei Einsendung der

Gelder auch den Absender anzuführen zu wollen. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, auf den Zahlarten den Vermerk zu machen,

auf Kontos des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands. Ob es dies notwendig, damit Irrtümer vermieden werden.

Bremen, den 10. Juni 1919. W. Ritter, Bielefeld

Dr. Ritter, Bielefeld.

Adressen - Änderungen.

Not bei Heidelberg (6): 1. Rev. Wendelin Lohse IV.

Görlitz-Grimm (6): Berlin, Frau Anna Fischer, Paulinerstraße 16.

Görlitz (10): 1. Rev. Bruno Cramer, Heilig-Geist-Straße 223 I.

Nostitz (9): 1. Rev. Herm. Hahn, Alzeystraße Arnold;

2. Rev. Gottschold Adler.

Neuburg a. d. Elbe (11): Alle Poststellen sind an 2. Bank zu reichen.

Der Verbandsvorstand.

Gestorben:

Am 24. Mai starb zu Rostock F. Eichelberg aus Schweden, 69 Jahre alt.

Am 28. Mai starb zu Köln die Tabakpionierin Anna Christina Dalbert aus Poll bei Köln, 45 Jahre alt.

Am 1. Juni starb zu Altona der Zigarettenarbeiter Franz Bacher aus Meißen, 59 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!

Am 24. Mai starb zu Rostock F. Eichelberg aus Schweden, 69 Jahre alt.

Am 28. Mai starb zu Köln die Tabakpionierin Anna Christina Dalbert aus Poll bei Köln, 45 Jahre alt.

Am 1. Juni starb zu Altona der Zigarettenarbeiter Franz Bacher aus Meißen, 59 Jahre alt.

Am 24. Mai starb zu Rostock F. Eichelberg aus Schweden, 69 Jahre alt.

Am 28. Mai starb zu Köln die Tabakpionierin Anna Christina Dalbert aus Poll bei Köln, 45 Jahre alt.

Am 1. Juni starb zu Altona der Zigarettenarbeiter Franz Bacher aus Meißen,